

ANGRIFF

«Es kostet Substanz»

Erwin Kessler schießt wenige Wochen vor den Wahlen im Kanton Zürich gegen die grüne Zürcher Regierungsrätin Verena Diener. Auf aus- und auffälligen Plakaten beschuldigt er sie, für das **betäubungslose Schächten** zu sein.

VON GISELA BLAU

Giftgelbe Plakate gegen Verena Diener schreckten am vergangenen Wochenende die Stadtzürcher Bevölkerung auf: Rund um den Tessinerplatz, bei der Universität und auch an anderen Orten, auf Parkplätzen oder auf mobilen Autoanhängern, agitierte Erwin Kesslers «Verein gegen Tierfabriken» (VgT) gegen die grüne Zürcher Regierungsrätin – weil diese «für das betäubungslose Schächten» eintrete. Die Stadt verbot alle mobilen Wagen, aber die Kessler-Plakate rollen jetzt quer durch den Kanton – drei Wochen vor den Regierungsratswahlen. In seiner neuesten Publikation der «VgT-Nachrichten» vom 1. März geht Kessler viel weiter. Auf dem Titelblatt des dem Schächten «gewidmeten» Pamphlets agitiert er bereits gegen Verena Diener; auf Seite 2 heisst es: «Die grüne Regierungsrätin Verena Diener hat es geschafft, den ganzen Regierungsrat des Kantons Zürich hinter sich zu scharen zur Befürwortung dieses unsäglichen Verbrechens, des **betäubungslosen Schächten** (...). Nun hat es der Wähler in der Hand, diesen Unmenschen in der Regierung mit dem Wahlzettel einen Denkkzettel zu erteilen (...).» Auch der Rest der Zürcher Regierung kommt namentlich dran. Der Gipfel allerdings ist eine Fotografie auf Seite 26, die samt Bildunterschrift so gezeigt wird, als wäre sie aus einer anderen Publikation herausgeschnitten worden – wohl wegen der juristischen Gefahr. Das Bild zeigt einen bärtigen alten Juden, der einen Hahn über seinem Kopf schwingt. Und die Unterschrift lautet doch tatsächlich: «Die blutige Opferung des jüdischen Kaporeshahns. Und da man heute in der Regel keine Menschen mehr schlachtet, muss der arme Hahn als Ersatz für die Schächtung von Goyim sein Leben lassen.» Ein Kommentar erübrigt

sich, weil sein Inhalt sonnenklar wäre.

Wieso Verena Diener?

Die Geister der seit mehr als einem Jahr stillgelegten Schlamm-schlachtfelder scheinen sich erhoben zu haben. Vor zwei Jahren beschloss der Bundesrat, in einer Revision des Tierschutzgesetzes auch das Schächtverbot zu lockern. Ausnahmen sollte es für Religionsgemeinschaften – im Klartext: Juden und Muslime in der Schweiz – geben. Die Reaktionen waren derart feindselig, gehässig und teilweise unverhüllt judenhasserisch (die schächtenenden Muslime wurden kaum je erwähnt), dass der Bundesrat im Einverständnis mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund beschloss, zugunsten des Religionsfriedens auf die Lockerung des Schächtverbots zu verzichten und die Revision ohne diesen Punkt ins Parlament gehen zu lassen.

Der Schweizer Tierschutz (STS) und der VgT legten sofort Initiativen auf. Sogar die Einfuhr von geschächtetem bzw. Halbfleisch sollte verboten werden, wie auch das Schächten von Hühnern in der Schweiz. Erwin Kessler und der VgT scheinen grosse Mühe mit dem Sammeln von genügend Unterschriften oder sogar schon aufgegeben zu haben, der STS dagegen ist sehr zuversichtlich, aber er würde die Initiative bei einem guten Gegenvorschlag sogar zurückziehen (*tachles* berichtete mehrfach).

Wieso geriet ausgerechnet Verena Diener in die Schusslinie Kesslers? Entscheide des Regierungsrates sind Kollegialentscheide. «Die federführende Direktion der Vernehmlassungsantwort war meine Gesundheitsdirektion», sagt Verena Diener zu *tachles*. «Am Schluss war es dann schon ein Gesamtregierungsentscheid, aber Herr Kessler schaute vermut-

lich nach, welche Direktion verantwortlich war.»

Am 12. Dezember 2001 verabschiedete der Zürcher Regierungsrat die **Vernehmlassungsantwort des Kantons Zürich** zur Revision des Tierschutzgesetzes. Die vorgeschlagenen Anpassungen wurden **«grösstenteils begrüsst»**. Der Regierungsrat sprach sich u.a. «für eine zurückhaltende Lockerung des Schächtverbots» aus. **Eine kontrollierte Zulassung des Schächten im Inland stelle gegenüber dem heute schon zulässigen Import von entsprechendem Fleisch aus unbekannter ausländischer Produktion insgesamt keine Verschlechterung des Tierschutzes dar.** Der Regierungsrat vertrat aber die Auffas-

sung, «dass das Schächten nur in vom Bund bewilligten besonderen Schlachthöfen und unter Einhaltung enger Rahmenbedingungen zugelassen werden» solle. Darüber hinaus schlug der Zürcher Regierungsrat eine umfassende Deklarationspflicht für

Fleisch aus rituellen Schlachtungen vor, «damit die Konsumentinnen und Konsumenten die freie Wahl haben, ob sie entsprechende Fleischwaren kaufen wollen oder nicht».

«Wir hatten eine ausgesprochen gute Diskussion», erinnert sich die Gesundheitsdirektorin. «Die Regierung verwendete viel Zeit dafür.» Gewünscht war, wie durch den Bundesrat vorgeschlagen, eine Lockerung des Schächtverbots, nicht etwa eine Aufhebung, erinnert sich Diener. «Wir wollten auch Kontrolle, nicht nur einen Blankoscheck. Der Bund hat den Vorschlag dann zurückgezogen, weil der

Druck zu gross wurde.» Es gebe viele Themen in diesem Bereich, das Thema jüdischer Glaubensausrichtung, auch den Wunsch der Muslime nach rituell geschlachtetem Halalfleisch. «Mir war voll bewusst, dass wir uns mit der Zustimmung zum Vorschlag des Bundesrates in Teufels Küche begeben würden. Aber man darf doch nicht einfach die Augen davor verschliessen.»

Gutes anerkennen

Nie vorher hatte Verena Diener persönlich Probleme mit Erwin Kessler, «aber das Veterinäramt schon, das ja auch bei mir ist. Vor vielen Jahren trat Herr Kessler schon sehr prononciert für den Tierschutz ein. Auch wenn er vielleicht eine schwierige Persönlichkeit ist, so muss man auch das Gute anerkennen, das er geleistet hat.»

Dieser grausame Frontalangriff gegen sie persönlich geht an Verena Diener «nicht spurlos vorüber»: «Ich habe viele Mails und Briefe erhalten, von Menschen, die Kesslers Verkürzung der Tatsachen überhaupt nicht mehr verstehen können. Es ist ein emotionales Thema, es ist ganz schwierig, gegenüber der Öffentlichkeit Raum zu bekommen, um alles im ganzen Ablauf aufzeigen zu können.»

Verena Diener ist überzeugt, dass bis zum Wahlsonntag am 6. April die Plakate und das Material des VgT gegen sie verwendet werden. Der Vorgang erzürnt Cécile Bühlmann, Chefin der Grünen Fraktion im Parlament, der auch Verena Diener jahrelang als Zürcher Nationalrätin angehört hat. «Verena Diener hat durch jahrelanges Engagement für Mensch und Umwelt bewiesen, für welche Werte sie

geradlinig einsteht», sagt Bühlmann, Vizepräsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, zu *tachles*. «Da die Lockerung des Schächtverbotes überhaupt nicht zur Debatte steht, kann man diese Aktion wohl nur als bösartige Heckenschützenaktion gegen eine profilierte Politikerin interpretieren.» Dem Vernehmen nach haben sogar Mitglieder der Grünen Partei im Kanton Zürich wegen dieser verkürzten Darstellung des VgT gegen ihre Regierungsrätin den Austritt aus der Partei angekündigt.

Nicht vor Gericht

Trotz alledem will Verena Diener nicht gegen Kessler oder den VgT einschreiten, schon gar nicht vor Gericht: «Ich will mich nicht gerichtlich auf dieser Ebene mit Kessler einlassen», sagt sie. «Es ist zu belastend, es würde sich über längere Zeit hinziehen. Jetzt muss ich es einfach aushalten, aber es kostet Substanz.» Für Diener zeigt die Kampagne gegen sie ausgerechnet mit diesem Thema, «dass hier nicht nur Tierschutzfragen, sondern ganz klar auch andere Fragen von Bedeutung sind». Sie fragt sich auch, woher wohl das Geld für die Publikation und für die Plakate samt mobilen Wagen kommt.

Martin Bäumle, Präsident der Grünen im Kanton Zürich, findet es «unterste Schublade», wie gegen seine Regierungsrätin vorgegangen wird: «Eine Organisation für Tierschutz, die sich seit Jahren für die Tiere einsetzt und jetzt auf diese Weise gegen eine Person, eine hoch verdiente Regierungsrätin noch dazu, vorgeht, hat sich als Organisation selber disqualifiziert.» Gerade von grüner Seite gebe es immer viel Verständnis gegenüber den Anliegen des Herrn Kessler, der sicher einiges erreicht habe, indem er auf Missstände aufmerksam gemacht habe: «Wir liefern in die gleiche Richtung, wenn

«Mir war bewusst, dass wir uns in Teufels Küche begeben würden.»

auch nicht so radikal. Umso mehr sind wir enttäuscht, dass unsere Regierungsrätin persönlich angegriffen wird, nicht wegen Tierschutzfragen, sondern wegen einer Vernehmlassung, die gar nicht mehr relevant ist.» Für ihn und die Grünen von Zürich sei das Schächten eine Nebenfrage gewesen. Ihnen ginge es mehr um Tierhaltung, die Lebendtransporte unter schlechten Bedingungen und die Schlachtmethoden, abgesehen vom Schächten.

Diener und Bäumle wollen nicht ausschliessen, dass Kesslers Kampagne die Regierungsrätin bis zum 6. April einige Stimmen kosten könnte.

Bäumle: «Bei der schwierigen Frage des Schächtens, der Güterabwägung zwischen der Religionsfreiheit einerseits und dem Tierschutz andererseits, herrschen in der Partei mehrere Auffassungen, und wir haben als Kantonalpartei in der Vernehmlassung auch nicht Stellung bezogen. Ich fand damals, wir müssten uns nicht vernehmen lassen.»

Bäumle, ein Anwärter auf einen grünen Zürcher Listenplatz für die Nationalratswahlen vom Oktober, fast überzeugt, dass der Angriff Kesslers nicht den Zürcher Grünen gilt, die ja gar keine Vernehmlassungsantwort geliefert hätten, sondern einzig Verena Diener, was er verurteile. «Bei Herrn Kessler geht es hier wohl auch um andere Dinge», sagt Bäumle. «Ich könnte das akzeptieren, wenn er es offen legen würde, statt es hinter dem Tierschutz zu verstecken.»



FOTOS KERSTONE/PP

AUSFÄLLIG Auf mobilen Plakaten hetzt Erwin Kessler gegen Verena Diener



VERENA DIENER Überzeugt, dass die Plakate bis zur Wahl am 6. April gegen sie verwendet werden